

Bürgerwille interessiert nicht?

Viel Diskussionsstoff in Wentorf - Zweiter Nachtragshaushalt ohne FDP

(Wentorf, kui). Auch auf der 22. Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wentorf bei Hamburg gab es viel Diskussionsstoff. Nach den ersten Tagesordnungspunkten zu denen auch der Bericht der Bürgervorstehers Andreas Hein über Aktionen in Wentorf und der Bericht des Bürgermeisters Matthias Heidelberg über Wentorfs Straßenbaumaßnahmen gehörte, stand unter anderem auch das Thema zweiter Nachtragshaushalt 2011 auf der Agenda. Harro Vogt, Fraktionsvorsitzender der CDU und Vorsitzender des Finanzausschusses erläuterte die Zahlen, um den Beschluss vorzubereiten. Doch die Gemeindevertreter sind hier nicht einer Meinung. Dirk Petersen, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/die Grünen begleitete seine Argumentation, warum seine Fraktion dem zweiten Nachtragshaushalt 2011 nicht zustimmen wird, mit den Ereignissen der letzten Monate. Sichtlich aufgewühlt begründete er die Entscheidung. Der Bau des Kreisels in Wentorf an der

Hamburger Landstraße ist nach Ausführungen von Petersen laut eines Verkehrsgutachtens nicht notwendig. Darüber hinaus sei es geplant gewesen, dass der Kreisel komplett von der Firma Lidl bezahlt werden würde, die ganz in der Nähe einen Discounter eröffnen wird. Dies würde nicht eingehalten, 100.000 Euro der Kosten seien nun von der Gemeinde zu übernehmen. Doch damit nicht genug, auch das Thema G8/G9 gehörte zu der Begründungen von Petersen. „Nach meinem Wissen gibt es ein Gutachten für eine andere Gemeinde, die eine vergleichbare Klage führen wollte. Dieses wurde von der Kanzlei, um genau zu sein, von der Anwältin erstellt, die die Gemeinde Wentorf im eigenen Klageverfahren gegen die Umsetzung von G9 vertritt. Dieses Gutachten soll bescheinigen, dass diese betroffene Gemeinde mit der Klage keine Chance auf Erfolg haben würde.“ Der Fraktionsvorsitzende des Bündnis 90/die Grünen nimmt den Fraktionsvorsitzenden der CDU Harro Vogt als treibende Kraft in die Pflicht. Er



Dirk Petersen hat mit Kritik nicht gespart. Foto: i. Kuhlmann

spart allerdings auch nicht mit der Kritik am Bürgervorsteher, von dem er sich die versprochenen Änderungen in der Amtsführung erhofft hatte. Ebenso der Bürgermeister musste sich den Standpunkt von Petersen anhören: Und auch Harro Vogt, CDU steht wieder stark in der Kritik von Dirk Petersen. „Haushaltsberatungen werden üblicherweise in Parlamenten dazu genutzt, um grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen über politische Weichenstellungen zu diskutieren“ begann Soja Kleidpoedszczus Ihre Ausführungen zum zweiten Nachtragshaushalt. Die Zustimmung

zum Nachtragshaushalt wird die FDP aufgrund der Ablehnung des Vergleichsvorschlags in der Hauptausschusssitzung vom 19. September 2011 verweigern, erklärte die Fraktionsvorsitzende. Nach Ihrer Auffassung agieren CDU und UWW nach dem Motto „Bürgerwille interessiert nicht, Kosten spielen keine Rolle...“. Auch die SPD stimmt dem zweiten Nachtragshaushalt 2011 nicht zu, dies wurde bereits in der Haushaltssitzung Kund getan, so Andrea Hollweg. Die Fraktionsvorsitzende empfahl den Gemeinderatsmitgliedern „Fehler erkennen wäre in allen Fraktionen ratsam.“ Der Grünen-Politiker Gregor Zahnnow ergänzte zur Debatte, dass die diskutierten Themen öffentlich gemacht werden „nicht um mit Schmutz zu werfen, sondern um wieder demokratisch zu werden.“ Der zweite Nachtragshaushalt wurde in der Abstimmung aufgrund der herrschenden Mehrheitsverhältnisse angenommen. Die Politik in Wentorf ist gespalten über die Art und Weise Entscheidungen zu treffen.

2.000 Unterschriften für G 9

Wentorfer Elterninitiative fordert Bürgerbegehren

(Wentorf, kui). Am 19. September übergaben die Mitglieder der Elterninitiative G9 für GW dem Wentorfer Bürgermeister Matthias Heidelberg die für das Bürgerbegehren gesammelten Unterschriften. 952 Unterschriften waren für die Anmeldung des Bürgerbegehrens notwendig, 2006 Unterschriften wurden überreicht. Ca. 21 Prozent der wahlberechtig-

ten Bürger Wentorfs haben sich hiermit in kurzer Zeit für die Wiedereinführung von G9 (neun Jahre Gymnasialzeit) am Gymnasium Wentorf ausgesprochen.

Diese Unterschriften werden nun von der Verwaltung auf Richtigkeit geprüft um dann auf kommunaler Ebene weitere Schritte einzuleiten. Noch am gleichen Abend wurde vom

Hauptausschuss der Gemeinde Wentorf der Vergleichsvorschlag des Verwaltungsgerichts Schleswig mit fünf zu vier Stimmen abgelehnt.

Der Vorschlag beinhaltete die Wiedereinführung von G9, im Gegenzug sollte die Anzahl der Schüler pro Jahrgang begrenzt werden. So mancher Bürger fragt sich: Geht es hier wirklich noch um die Kinder?

Was ist eigentlich ein Bürgerbegehren?

Wird dem nicht zugestimmt, folgt der Bürgerentscheid

(Wentorf, kui). Das Bürgerbegehren dient der Einleitung eines Bürgerentscheids. Hierzu bedarf es einer vorgegebenen Anzahl von Unterschriften der wahlberechtigten Bürger z.B. einer Gemeinde.

Lt. § 16 g Abs. 5 (GO) in der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 steht: „Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet die

Kommunalaufsichtsbehörde. Ist die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt, darf bis zur Durchführung des Bürgerentscheids eine dem Begehren entgegen stehende Entscheidung der Gemeindeorgane nicht getroffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung nicht mehr begonnen werden, es sei denn, zu diesem Zeitpunkt bestehen rechtliche Verpflichtungen der Gemeinde

hierzu. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn die Gemeindevertretung oder der zuständige Ausschuss die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahmen in unveränderter Form oder in einer Form beschließt.“ Stimmt die Gemeinde dem Bürgerbegehren nicht zu, so werden alle in der Gemeinde lebenden Bürger zur Wahl aufgerufen, es findet ein Bürgerentscheid statt.

Sonntags Markt 25.9.-2011

Sonntags Markt 25.9.-2011